

## Die Akzeptanz sozialer Ungleichheit in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas

Pickel, Gert; Müller, Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pickel, G., & Müller, O. (2006). Die Akzeptanz sozialer Ungleichheit in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 3791-3801). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-142529>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Die Akzeptanz sozialer Ungleichheit in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas

*Gert Pickel und Olaf Müller*

## 1. Einleitung

Die Erweiterung der Europäischen Union um die osteuropäischen Beitrittsländer ist auf der institutionellen Ebene weitgehend vollzogen. Aus den Erfahrungen der deutsch-deutschen Vereinigung heraus muss man sich allerdings auch mit Blick auf den europäischen Einigungsprozess fragen, ob die Angleichung der Institutionen nicht allenfalls der erste Schritt hin zu gesellschaftlicher Konvergenz ist. Es ist dabei möglicherweise nicht so sehr der immer noch beträchtliche Entwicklungsrückstand der osteuropäischen Staaten im ökonomischen Bereich, sondern das Ausmaß der sozialen Ungleichheit innerhalb der einzelnen Gesellschaften, welches sich noch als Hemmnis für die Integration der neuen EU-Beitrittsstaaten erweisen könnte. Zunächst einmal berührt dieses Problem grundsätzlich die normativen Grundlagen des politischen Systems: Neben der Steigerung der individuellen Wohlfahrt zählt die Schaffung eines gewissen sozialen Ausgleichs zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (noch) zu den zentralen Aufgaben, denen sich Regierungen in Demokratien gemeinhin verpflichtet fühlen. Ungerechtigkeiten, die durch das wirtschaftliche System erzeugt werden, sollen demnach zumindest soweit reduziert werden, dass die Wohlstandsschere zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen nicht zu weit auseinander klafft. Neben der normativen Selbstverpflichtung aus der sozialen Verantwortung, benachteiligten Gruppen Hilfe zukommen zu lassen, sollen diese Maßnahmen natürlich auch dem Entstehen eines zu großen, System gefährdenden Konfliktpotentials in der Bevölkerung entgegenwirken.

Für die politischen Entscheidungsträger in den osteuropäischen Transformationsländern ist das Problem wachsender sozialer Ungleichheit mit einem besonderen Dilemma verbunden, verfügen diese doch nur über einen begrenzten Ressourcenspielraum zum Ausgleich sozialer Ungleichheit, unterliegen dabei aber gleichzeitig einem großen öffentlichen Druck, entsprechend tätig zu werden. Derartige Erwartungshaltungen in der Bevölkerung können nun aus der teilweise doch relativ ungenügend Ungleichheit produzierenden realen marktwirtschaftlichen Entwicklung in

den osteuropäischen Ländern herrühren, andererseits aber auch durch im Sozialismus erzeugte Ansprüche an den Staat und dort sozialisierte Gleichheitsideale gespeist sein. In jedem Fall aber handelt es sich hierbei auch um einen für die politische Unterstützung der demokratischen Systeme beachtenswerten Faktor. Desto mehr verschiedene Bevölkerungsschichten hinsichtlich ihrer sozialen Lage auseinander driften, desto wahrscheinlicher ist es, dass gerade die Verlierer in diesem Prozess weit skeptischere Haltungen gegenüber der »westlichen« Demokratie, der Marktwirtschaft oder auch gegenüber dem kulturellen und politischen Gebilde Europa entwickeln. Zunehmende soziale Ungleichheit könnte demzufolge eine Spaltung innerhalb der Transformationsländer mit sich bringen, die das Zusammenwachsen der erweiterten Europäischen Union auf Dauer beeinträchtigt.

Im Hinblick auf Fragen der Akzeptanz sozialer Ungleichheit geht es nicht vorrangig darum, objektiv-materielle Entwicklungen zu analysieren. Stattdessen ist es letztendlich von größerem Interesse zu erkunden, wie entsprechende Tendenzen von der Bevölkerung wahrgenommen und eingeschätzt werden. Aus Kapazitätsgründen können wir an dieser Stelle nicht auf beide Aspekte detailliert eingehen. Wir wollen uns hier auf den zweiten Punkt beschränken und widmen uns dabei den folgenden Fragestellungen: In welchem Ausmaß akzeptieren die Menschen – ungeachtet einer eventuellen Unzufriedenheit mit der tatsächlichen Entwicklung – bestimmte Funktionsprinzipien sozialer Ungleichheit (etwa bezogen auf den Anreiz, eigenverantwortlich und selbstinitiativ zu handeln)? Welche Hintergrundfaktoren (ökonomischer, sozialer wie kultureller Art) können zur Erklärung von Einstellungen und Einschätzungen im Hinblick auf die soziale Ungleichheit bzw. die Gerechtigkeit einer Gesellschaft herangezogen werden?

Zur Beantwortung dieser Fragen wollen wir uns vergleichender, quantitativ-empirischer Analysen von Umfragedaten bedienen. Im Zentrum wird dabei die Präsentation von Resultaten aus dem Datensatz *Political Culture in New Democracies 2000–2002* (PCND 2000/2002) stehen, welcher in kumulierter Form die Ergebnisse mehrerer am Lehrstuhl für vergleichende Kulturosoziologie an der Europa-Universität Viadrina sowie am Frankfurter Institut für Transformationsstudien (F.I.T.) in Frankfurt (Oder) konzipierter und durchgeführter Studien enthält.<sup>1</sup>

---

1 Im einzelnen handelt es sich um die Projekte Sozio-ökonomische Wertorientierungen und Demokratisierung in Südosteuropa (gefördert von der VolkswagenStiftung), Politische Einstellungen und Wertorientierungen in den postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas (Förderer: Deutsche Forschungsgemeinschaft) und Value Systems of the Citizens and Socio-Economic Conditions – Challenges from Democratization for the EU Enlargement (gefördert innerhalb des 5. Rahmenprogramms von der Europäischen Kommission). Für weitere Informationen siehe die Projekt-homepage: <http://www.democraticvalues.eu.tf>

## 2. (Nicht-)Akzeptanz sozialer Ungleichheit: Nachhaltigkeit von *socialist legacies*?

Dass individuelle Bewertungen gesellschaftlicher Tatbestände wie jene der sozialen Ungleichheit allenfalls einen mittelbaren Bezug zur »tatsächlichen« Situation aufweisen, konnte in der sozialwissenschaftlichen Einstellungsforschung immer wieder festgestellt werden (vgl. Zapf 1984; Noll/Schuster 1992). Neben den objektiven Gegebenheiten wirken sich wohl vor allem drei Aspekte auf die Art der Wahrnehmung aus: die relationale Bewertung gegenüber bestimmten Vergleichsgruppen (im Sinne des Phänomens der relativen Deprivation), die Rahmung durch die grundsätzliche politische Position (im Falle der Bürger Osteuropas vor allem der Grad der Verbundenheit mit dem früheren System), sowie der Einbezug unterschiedlicher durch Sozialisation erworbener ideologischer Standpunkte (vgl. Liebig/Wegener 1999). Kommt die Rede auf grundsätzliche Akzeptanz- oder Anpassungsprobleme innerhalb des Transformationsprozesses in Mittel- und Osteuropa, dann wird in der Forschungsliteratur immer wieder auf den dritten Aspekt, die so genannten *socialist legacies*, verwiesen (vgl. Jowitt 1992; Kitschelt u.a. 1999). Da dieser Begriff seit Jahren in der Diskussion steht, wollen auch wir uns zunächst diesem kulturellen Aspekt zuwenden, bevor wir am Ende dieses Abschnitts versuchen zu vergleichen, welchem der drei oben genannten Faktoren nun die entscheidende Erklärungskraft in Bezug auf die Bewertung sozialer Ungleichheit zukommt.

Entsprechend dem Gedanken der *socialist legacies* sind es vor allem die manifesten (institutionell ausgeprägten) und ideellen (wertbasierten) Erbschaften des sozialistischen Systems, welche die aktuelle Situation und Entwicklung in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas immer noch nachhaltig beeinflussen und den Demokratisierungsprozess behindern.<sup>2</sup> Für den vorliegenden Beitrag sind weniger die institutionellen Hinterlassenschaften des Sozialismus (vgl. Kitschelt u.a. 1999), sondern das mögliche Fortwirken des untergegangenen Systems im Werte- und Einstellungsgefüge der Eliten wie der Bevölkerung von Bedeutung. Vertreter des *legacy*-Ansatzes nehmen an, dass sich entsprechende Orientierungen als besonders langlebig erweisen, lange über den politischen Umbruch hinaus bestehen bleiben und einen beträchtlichen (überwiegend wohl negativen) Einfluss auf aktuelle politische Bewertungen ausüben. Empirisch sollte sich dies vor allem in zwei Befunden ausdrücken: Zum einen müssten Relikte solcher sozialistischer Wertorientierungen bei einem hinreichend relevanten Bevölkerungsanteil noch verankert sein. Außerdem sollten diese Orientierungen mit weiteren bedeutsamen politischen Ein-

---

<sup>2</sup> In der Literatur wird der Begriff der *legacies* nicht ausschließlich zur Bezeichnung sozialistischer Hinterlassenschaften verwendet. Er kann sich stattdessen auf jedwede Art von gegenwärtigen Gegebenheiten beziehen, die aus historischen Prozessen resultieren (vgl. Rose u.a. 1998: 63ff.).

stellungen in nachweisbarer Beziehung stehen. Trifft bereits eine dieser beiden Annahmen nicht zu, dann wäre die These eines grundlegenden Einflusses sozialistischer Hinterlassenschaften (zumindest in ihrer ideellen Form) auf aktuelle politische Prozesse ernsthaft in Zweifel zu ziehen.

Die Überprüfung solcher ideellen Hinterlassenschaften ist durch die Ermittlung der Vorstellungen der Bürger im Hinblick auf eine wünschenswerte (bzw. auch nur »machbare«) Gesellschaft möglich. Dass das Ausmaß an sozialer Ungleichheit von den Menschen in Mittel- und Osteuropa kritisch beurteilt und als insgesamt zu hoch angesehen wird, konnte über den gesamten Zeitraum des Transformationsprozesses hinweg immer wieder festgestellt werden (vgl. Kluegel u.a. 1995; Delhey 2001; Jacobs 2004; Pickel u.a. 2005). Die vorliegenden Umfrageergebnisse lassen also die Wirksamkeit solcher *legacies* zunächst durchaus vermuten, könnten derartige kontinuierlich negative Einschätzungen doch auf einen tief verwurzelten Egalitarismus zurückzuführen sein, welcher bereits geringe Ausprägungen sozialer Unterschiede als unerwünscht, bedrohlich und ungerecht empfinden muss.<sup>3</sup>

Nun lassen sich zwar, unabhängig von der Einschätzung der tatsächlichen Situation, auf dieser allgemeinen Werteebene durchaus entsprechende Präferenzen in der osteuropäischen Bevölkerung entdecken, wie sich etwa bei Fragen nach einer weitgehend leistungsunabhängigen Nivellierung sozialer Unterschiede zeigt (vgl. die Indikatoren »Verteilungsgleichheit« und »Einkommensregulierung« in Abb. 1). Derartige Orientierungen, die in einem grundsätzlichen Gegensatz zu den Prinzipien einer marktwirtschaftlich verfassten Demokratie stehen, sind nun aber beileibe nicht so weit verbreitet, dass man den Osteuropäern einen generellen Hang zum Egalitarismus nachsagen kann. Außer in Bulgarien, in Polen und, was die Einkommensregulierung betrifft, auch in der Slowakei, finden sich für die Forderung nach umfassender Nivellierung von Einkommensunterschieden keine klaren Bevölkerungsmehrheiten.

- *Chancengleichheit*: »Unsere Gesellschaft sollte alles Notwendige tun, um sicherzustellen, dass jeder die gleichen Möglichkeiten hat, erfolgreich zu sein«.
- *Verteilungsgleichheit*: »Der gerechteste Weg für die Verteilung von Wohlstand und Einkommen ist es, allen das Gleiche zu geben«.
- *Einkommensregulierung*: »Es sollte einen Mechanismus geben, der das Einkommen so reguliert, dass niemand sehr viel mehr verdient als andere«.

---

<sup>3</sup> Ideologischer Ausgangspunkt wäre hier das erklärte Ziel der sozialistischen Regime, soziale Gleichheit zu befördern und die Bedürfnisse des Kollektivs über die Bedürfnisse des Einzelnen zu stellen.

	Chancengleichheit	Verteilungsgleichheit	Einkommens- regulierung
Ostdeutschland	87 vs. 3	28 vs. 47	38 vs. 39
Polen	85 vs. 5	47 vs. 34	50 vs. 29
Ungarn	89 vs. 2	25 vs. 53	36 vs. 40
Tschechische Republik	80 vs. 7	13 vs. 73	21 vs. 65
Slowakei	92 vs. 2	39 vs. 38	58 vs. 24
Slowenien	86 vs. 6	28 vs. 49	35 vs. 46
Estland	81 vs. 8	23 vs. 65	13 vs. 78
Bulgarien	90 vs. 3	46 vs. 38	55 vs. 30
Rumänien	87 vs. 4	39 vs. 40	41 vs. 43
Albanien	89 vs. 5	46 vs. 44	38 vs. 52
Russland	86 vs. 5	16 vs. 68	22 vs. 62

Abbildung 1: Chancen- versus Verteilungsgleichheit

(Quelle: eigene Berechnungen auf Basis PCND 2000/2002; 5er-Skala; Anteil derjenigen, die »stark« bzw. »eher« zustimmen versus Anteil derjenigen, welche »stark« bzw. »eher« ablehnen, Antworten in Prozent )

Allem Anschein nach hängen die Menschen in den meisten Ländern Osteuropas also mitnichten einer Ideologie der völligen Gleichheit an. Auf der anderen Seite kann man sie nun sicherlich auch nicht als glühende Verfechter eines marktwirtschaftlichen Liberalismus bezeichnen. Zwar ist in allen Untersuchungsländern das von Anhängern der Marktwirtschaft gemeinhin bevorzugte Prinzip der Chancengleichheit mehrheitlich anerkannt; umgekehrt finden sich aber auch Mehrheiten, die eine Gleichheit der Ressourcen befürworten. Generell bleiben die Ergebnisse etwas widersprüchlich, so dass man vielleicht sagen könnte, dass sich ein gewisses »widerstrebendes Arrangement« mit marktwirtschaftlichen Prinzipien erkennen lässt: Soziale Unterschiede werden dann als gerechtfertigt angesehen, wenn vorhandene Chancengleichheiten nicht genutzt werden (vgl. Abb. 2).

Die (ohnein eher zögerliche) Entscheidung für Chancengleichheit und Leistungsideologie bedeutet aber nicht, dass Einkommensunterschiede uneingeschränkt als notwendiges und nicht zu vermeidendes Übel angesehen werden. Hier erwartet man von staatlicher Seite, dass sie für Ausgleich sorgt – ohne aber dabei gleich wieder in die Gleichmacherei alter Tage zu verfallen. Der Einwand (etwa im Sinne der strukturfunktionalistischen Ungleichheitstheorie), dass gewisse Unterschiede für den Fortschritt des Landes unabdingbar sind, wird eher nicht akzeptiert. Die Möglichkeit, Gewinne zu erzielen, wird zwar in gewissem Ausmaß als durchaus förderlich für die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt angesehen; allerdings stellt ein solches

Statement mitnichten die einhellige Meinung der Bevölkerung dar. In Ungarn und Polen richtet sich die Stimmung sogar mehrheitlich gegen diese Aussage.

- *Ungleichheit ist gerecht*: »Soziale Unterschiede zwischen Menschen sind gerechtfertigt, weil sie ein Ausdruck dafür sind, was der einzelne aus seinen Chancen gemacht hat«.
- *Unterschiede notwendig*: »Große Einkommensunterschiede sind notwendig für die weitere Entwicklung des Landes«.
- *Verantwortung kostet extra*: »Die Menschen übernehmen nur zusätzliche Verantwortung im Beruf, wenn sie dafür extra bezahlt werden«.
- *Profit ist förderlich*: »Wenn Geschäftsleute gute Profite machen, ist das der beste Weg, den Lebensstandard aller zu verbessern«.

	Ungleichheit ist gerecht	Unterschiede notwendig	Verantwortung kostet extra	Profit ist förderlich
Ostdeutschland	54 vs. 18	21 vs. 46	70 vs. 13	36 vs. 37
Polen	52 vs. 21	27 vs. 48	75 vs. 10	27 vs. 50
Ungarn	31 vs. 31	12 vs. 71	79 vs. 5	22 vs. 50
Tschechische Republik	44 vs. 29	16 vs. 57	72 vs. 11	48 vs. 32
Slowakei	40 vs. 36	21 vs. 58	75 vs. 11	66 vs. 18
Slowenien	53 vs. 21	14 vs. 66	74 vs. 12	37 vs. 36
Estland	69 vs. 13	27 vs. 54	76 vs. 13	45 vs. 36
Bulgarien	48 vs. 31	18 vs. 65	71 vs. 15	42 vs. 37
Rumänien	55 vs. 24	21 vs. 59	75 vs. 12	49 vs. 31
Albanien	63 vs. 21	51 vs. 31	91 vs. 3	62 vs. 26
Russland	39 vs. 32	20 vs. 60	77 vs. 11	49 vs. 30

Abbildung 2: Akzeptanz von sozialer Ungleichheit

(Quelle: eigene Berechnungen auf Basis PCND 2000/2002; 5er-Skala; Anteil derjenigen, die »stark« bzw. »eher« zustimmen vs. Anteil derjenigen, welche »stark« bzw. »eher« ablehnen, Antworten in Prozent)

Insgesamt gesehen, ist die Wahrnehmung und Akzeptanz sozialer Ungleichheit offensichtlich nicht nur durch das Fortwirken ideologischer Hinterlassenschaften erklärbar, sondern auch als Reaktion auf die eigene wirtschaftliche und soziale Situation aufzufassen. Möglicherweise ist es so, dass die »rationalen«, das heißt von der objektiven sozialen Lage abhängigen Haltungen zur sozialen Ungleichheit, von allgemeinen ideologischen Bestimmungsfaktoren (liberal-marktwirtschaftliche Orientierungen versus egalitär-etatistische Haltungen) von Land zu Land in variabler

Stärke beeinflusst werden. Um der Frage nach der relativen Bedeutung situativ verursachter oder aber durch Sozialisation erworbener Einflussgrößen etwas systematischer nachzugehen, haben wir mögliche Determinanten für das Gerechtigkeitsempfinden anhand eines multivariaten Modells untersucht (Abb. 3).

	AL	BG	CZ	EST	D-O	H	PL	RO	RU	SK	SI
sozialistische Ideologie	-	-.12	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zufriedenheit mit Sozialismus	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-.09	-
Egalitarismus	-	-	.08	-	-	.09	-	-	-	-	-
Versorgungsmentalität	-.16	-.10	-	-.12	-.09	-.09	-	-	-	-.07	-
Staatswirtschaftliche Orientung	-	.08	-.13	-	-	-	-	-	-	-	-
Chancengleichheit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
liberal-marktwirtschaftliche Orientierungen	-	.13	.21	.14	.10	.08	-	-	.11	.12	-
sozialer Aufstieg	.13	.28	.09	-	.27	.19	.13	.16	.08	.15	.17
subjektive Schichtein-stufung	.14	.16	.22	.18	.08	.17	-	.12	.17	.17	.12
korr. R <sup>2</sup>	.09	.29	.23	.13	.18	.16	.06	.10	.10	.15	.07
N	785	675	785	752	790	831	567	814	1046	941	782

Abbildung 3: Legacies, soziale Lage und Gerechtigkeitsempfinden

(Quelle: eigene Berechnungen auf Basis PCND 2000/2002; OLS-Regression, standardisierte Beta-Koeffizienten, Werte signifikant mit  $p \leq 0.01$  (kursiv:  $p \leq 0.05$ ; - = nicht signifikant), Alter, Geschlecht und Bildung (in Jahren) kontrolliert; Indikatorenbildung: siehe Anhang)

Ob eine Gesellschaft als gerecht oder ungerecht angesehen wird, hängt offensichtlich weder ausschließlich von der ideologischen Ausrichtung, noch allein von der individuellen sozialen Lage einer Person ab. Dennoch scheint es so, als ob den



situativ bedingten Faktoren insgesamt eine größere Bedeutung zukommt. Dabei ist wieder nicht so sehr die »objektive« Situation von Relevanz, sondern deren Wahrnehmung. So sind es vor allem diejenigen, die sich den oberen sozialen Schichten zugehörig fühlen sowie jene, die über eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse während der letzten zehn Jahre berichten, welche auch die Gesellschaft als ganze als mehr oder weniger gerecht einstufen. Was den Einfluss bestimmter ideologischer Orientierungen und Werte anbelangt, so scheinen es nicht so sehr die sozialistischen Prinzipien zu sein, welche hier (negativ) zu Buche schlagen. Stattdessen ist es eher so, dass eine liberal-marktwirtschaftliche Haltung die Wahrnehmung der Gesellschaft unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nachhaltig positiv beeinflusst.

### 3. Fazit

Wie unsere Ausführungen zumindest angedeutet haben sollten, stehen die Menschen in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas einer gewissen sozialen Differenzierung in ihren Gesellschaften nicht völlig ablehnend gegenüber. Dennoch mögen die Osteuropäer ihre Regierungen und das politische System nur zögernd und mit einem gewissen Widerwillen aus der sozialen Verantwortung entlassen. In Osteuropa fordert mehr als eine Dekade nach dem gesellschaftlichen Umbruch eine große Mehrheit der Bürger eine durchaus starke und interventionsfreudige Regierung, die vor allem auf dem sozialen Sektor die »Ungerechtigkeiten« der Marktwirtschaft abzumildern oder auszugleichen hat. Dass eine solche Haltung vorwiegend der Ausdruck einer ideologischen Hinterlassenschaft des untergegangenen Gesellschaftssystems sein soll, scheint uns jedoch eher zweifelhaft. Es spricht einiges dafür, dass derartige Einstellungen durchaus auch etwas mit den realen Erfahrungen in der neuen Zeit zu tun haben. So ist es wohl in erster Linie die Wahrnehmung einer ungleichen Verteilung von (Start-)Chancen, die Kritik hervorruft. Allem Anschein nach traut man es dem neuen ökonomischen System nicht zu, eine gerechte Verteilung von Lohn, Arbeitsplätzen und einen zumindest passablen Lebensstandard zu garantieren. In den Augen der Bevölkerung ist die Marktwirtschaft per se auf soziale Ungleichheit ausgelegt und reproduziert bzw. verstärkt diese nur noch. Folglich lautet die allgemeine Forderung, dass Regierung und Staat die Rolle des sozialen Regulativs übernehmen müssen.

Insgesamt spricht unseres Erachtens einiges dafür, staats- und gleichheitsorientierte Einstellungsstrukturen nicht als spezifische postsozialistische Hinterlassenschaften aufzufassen, die ausschließlich in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas zum Tragen kommen. So scheinen zumindest in Bezug auf die Verbreitung etatistischer Orientierungen die Differenzen zwischen West- und Ost-

europa weit weniger groß zu sein, als allgemein angenommen. Vielmehr ist es eher so, dass die Menschen überall eine große Zahl an Forderungen an ihre politischen Systeme stellen. Viele der Aufgaben, deren Erfüllung dem Staat auf die Fahnen geschrieben wird, fallen dabei nicht einmal in dessen »klassischen« Verantwortungsbereich, andere sind unter den veränderten demographischen und globalökonomischen Bedingungen kaum mehr zu erfüllen. Was die Problematik in den Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas angeht, so scheinen uns sowohl an der These der allgegenwärtigen und nachhaltigen Wirkung von *socialist legacies* in Osteuropa, als auch an der Behauptung einer regionalen Spezifik derartiger Orientierungsmuster überhaupt, starke Zweifel angebracht.

Die hier angestellten Betrachtungen verweisen dennoch in aller Deutlichkeit auf eines der derzeitigen Hauptprobleme der jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa – die überhöhten Anforderungen vor allem an deren *wirtschaftliche* Effizienz und an die Leistungsfähigkeit der politischen Eliten. Während sich das Prinzip der Demokratie ungeachtet aller »alltäglichen« Unzulänglichkeiten seit jeher und auch gegenwärtig noch einer grundsätzlichen Akzeptanz erfreut, wurde die Marktwirtschaft von Anfang an wesentlich stärker an ihrer Effektivität als an ihrem Ideal gemessen und erfährt als Ordnungssystem vielerorts nur eine beschränkte Zustimmung (vgl. Pickel u.a. 2005). Dass eine dauerhafte Stagnation bzw. Verschlechterung (und sei es nur in der Wahrnehmung der Bevölkerung) im ökonomisch-sozialen Bereich irgendwann auch auf die grundsätzliche Legitimität des politischen Systems zurückschlägt, kann natürlich nicht völlig ausgeschlossen werden.

## Literatur

- Delhey, Jan (2001), *Osteuropa zwischen Marx und Markt. Soziale Ungleichheit und soziales Bewusstsein nach dem Kommunismus*, Hamburg.
- Jacobs, Jörg (2004), *Tücken der Demokratie: Antisystem Einstellungen und ihre Determinanten in sieben post-kommunistischen Transformationsländern*, Wiesbaden.
- Jowitt, Kenneth (1992), *New World Disorder. The Leninist Extinction*, Berkeley.
- Kitschelt, Herbert/Mansfeldova, Zdenka/Markowski, Radoslaw/Toka, Gabor (1999), *Post-Communist Party Systems: Competition, Representation and Inter-Party Cooperation*, Cambridge.
- Kluegel, James R./Mason, David S./Wegener, Bernd (Hg.), *Social Justice and Political Change: Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States*, Berlin/New York.
- Liebig, Stefan/Wegener, Bernd (1999), »Protest und Verweigerung: Die Folgen sozialer Ungerechtigkeit in Deutschland«, in: Schmitt, Manfred/Montada, Leo (Hg.), *Gerechtigkeitserleben im wiedervereinigten Deutschland*, Opladen, S. 263–298.
- Noll, Heinz-Herbert/Schuster, Friedrich (1992), »Soziale Schichtung und Wahrnehmung sozialer Ungleichheit im Ost-West-Vergleich«, in: Glatzer, Wolfgang/Noll, Heinz-Herbert (Hg.),

- Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung*, Frankfurt a.M./New York, S. 209–230.
- Pickel, Gert/Pollack, Detlef/Jacobs, Jörg/Müller, Olaf (Hg.) (2005), *Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie? Repräsentative Untersuchungen in Ostdeutschland und 10 weiteren osteuropäischen Transformationsstaaten*, Wiesbaden (im Erscheinen).
- Rose, Richard/Mishler, William/Haerpfer, Christian (1998), *Democracy and its Alternatives. Understanding Post-Communist Societies*, Baltimore.
- Wegener, Bernd/Liebig, Stefan (1995), »Dominant Ideologies and the Variation of Distributive Justice Norms: A Comparison of East and West Germany, and the United States«, in: Kluegel, James R./Mason, David S./Wegener, Bernd (Hg.), *Social Justice and Political Change: Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States*, Berlin/New York, S. 239–259.
- Zapf, Wolfgang (1984), »Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität«, in: Glatzer, Wolfgang/Zapf, Wolfgang (Hg.), *Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden*, Frankfurt a.M./New York, S. 13–26.

## Anhang

### Indikatoren Abbildung 3

abhängige Variable:

*Gerechtigkeitsempfinden*: »Was halten sie von unserer Gesellschaftsordnung? Geht es da im großen und ganzen sehr gerecht, eher gerecht, weder gerecht noch ungerecht, eher ungerecht oder sehr ungerecht zu?«; 5er-Skala, standardisiert zwischen 0 (»sehr ungerecht«) und 1 (»sehr gerecht«)

unabhängige Variablen:

*sozialistische Ideologie*: »Die Idee des Sozialismus ist auf jeden Fall gut.«; 5er-Skala, standardisiert zwischen 0 (»lehne stark ab«) und 1 (»stimme stark zu«)

*Zufriedenheit mit Sozialismus*: »Ich war mit dem Sozialismus, wie er in (Land) bestand, zufrieden.«; 5er-Skala, standardisiert zwischen 0 (»lehne stark ab«) und 1 (»stimme stark zu«)

*Egalitarismus*: »Der gerechteste Weg für die Verteilung von Wohlstand und Einkommen ist es, allen das Gleiche zu geben.« + »Es sollte einen Mechanismus geben, der das Einkommen so reguliert, dass niemand sehr viel mehr verdient als andere.«; 5er-Skalen (1=»stimme stark zu«, 5=»lehne stark ab«); additiver Index, umgekehrte Polung, standardisiert zwischen 0 und 1

*Versorgungsmentalität*: »Wo würden Sie sich auf einer Skala von »1« bis »7« einordnen, wenn »1« bedeutet, dass unser Staat für jeden einen hohen Lebensstandard garantieren sollte, und »7« bedeutet, dass jeder sich um sich selbst kümmern sollte.«; 7er-Skala, umgekehrte Polung, standardisiert zwischen 0 und 1

*staatswirtschaftliche Orientierung:* »Was glauben Sie, bis zu welchem Grad sollte jede der folgenden Branchen privatwirtschaftlich organisiert sein oder vom Staat geführt werden?« Banken + große Unternehmen und Fabriken + Medien; 5er-Skalen (1=»nur privatwirtschaftlich geführt«, 5=»nur vom Staat geführt«); additiver Index, standardisiert zwischen 0 und 1

*Chancengleichheit:* »Es ist gerecht, wenn Menschen mehr Geld oder Wohlstand haben, aber nur, wenn es die gleichen Chancen für alle gibt.« + »Unsere Gesellschaft sollte alles Notwendige tun, um sicherzustellen, dass jeder die gleichen Möglichkeiten hat, erfolgreich zu sein.«; 5er-Skalen (1=»stimme stark zu«, 5=»lehne stark ab«); additiver Index, umgekehrte Polung, standardisiert zwischen 0 und 1

*liberal-marktwirtschaftliche Orientierung:* »Wenn Geschäftsleute gute Profite machen, ist das der beste Weg, den Lebensstandard aller zu verbessern.« + »Soziale Unterschiede zwischen Menschen sind gerechtfertigt, weil sie ein Ausdruck dafür sind, was der einzelne aus seinen Chancen gemacht hat.« + »Große Einkommensunterschiede sind notwendig für die weitere Entwicklung des Landes.«; + »In der Marktwirtschaft sollte alles der freien Initiative überlassen werden. Der Staat sollte in wirtschaftlichen Fragen nicht eingreifen.«; 5er-Skalen (1=»stimme stark zu«, 5=»lehne stark ab«); additiver Index, umgekehrte Polung, standardisiert zwischen 0 und 1

*sozialer Aufstieg:* »Inwieweit haben sich Ihre Lebensbedingungen seit 1989 geändert; sind sie sehr viel besser geworden, etwas besser geworden, gleich geblieben, etwas schlechter geworden oder sehr viel schlechter geworden?«; 5er-Skala, umgekehrte Polung, standardisiert zwischen 0 und 1

*subjektive Schichteinstufung:* »Wo würden Sie Ihre Familie (heute) einordnen, wenn »7« für die höchste Position und »1« für die niedrigste Position in der Gesellschaft steht?«; 7er-Skala, standardisiert zwischen 0 und 1